

Freitag, der 22. September am Mikrofon ist Martin Balder.

Guten Morgen.

Die Themen heute.

Die USA sagen, die Ukraine weitere Militärhilfen zu.

Polens Präsident Duda bezeichnet angeblichem Waffenlieferstopp als Missverständnis.

Die Pflegelehre startet nur langsam, aber zu nicht zu den Wetteraussichten mit Gerald Holzinger.

Die Regenwolken einer Kaltfront schieben sich heute von Westen über Österreich.

Nach der bisherigen Rekordwärme des heurigen September wird es gerade an diesem Wochenende vorübergehend deutlich kühler.

Aktuell in den Landeshauptstädten 14 bis 19 Grad und Regen schon in Bregenz, Regenschauer in Innsbruck, sonst noch trocken.

Tagsüber breiten sich Regen und einzelne Gewitter heute schon auf die gesamte Westhälfte des Landes aus und die Temperaturen erreichen hier nur noch 13 bis 21 Grad.

Bei dem Osten bleibt es noch weitgehend trocken, nach etwas Frühnebel, zeitweise auch sonnig und warm, im Burgenland sogar mit bis zu 29 Grad.

Der Südwind weder auf vielen Bergen noch kräftig, im Osten vorübergehend lebhaft.

Morgen Samstag zum astronomischen Herbst beginnt meist nur 11 bis 20 Grad.

Dazu viele Wolken und eine Geregenschauer, im Südosten von Klagenfurt bis Eisenstadt auch länger nass.

Am Sonntag dann schon wieder freundlicher und milder, zum Teil allerdings sehr windig.

Danke, Gerhard Holzinger.

Der ukrainische Präsident Volody Myroshyn hat bei seinem Besuch bei US-Präsident Joe Biden Zusagen für weitere Hilfspakete erhalten.

Die USA sind seit Beginn des russischen Angriffskriegs einer der größten Unterstützer der Ukraine. Insgesamt haben sie rund 88 Milliarden Dollar an Militär, Finanz- und humanitärer Hilfe zur Verfügung gestellt.

Doch die oppositionellen Republikaner wollen weitere Zahlungen verhindern.

Aus Washington kriegt auf Kohle.

Die USA werden weiterhin dafür sorgen, dass die Welt an der Seite der Ukraine steht, versichert US-Präsident Joe Biden seinem ukrainischen Amtskollegen.

Biden präsentiert auch ein weiteres Rüstungspaket im Umfang von etwas mehr als 300 Millionen Dollar.

Das sei genau das, was die Soldaten brauchen, bedankt sich Myroshyn.

Widerstand gegen weitere Hilfen gibt es unterdessen im Kongress vom rechten Flügel der Republikaner.

Sie wollen ein zusätzliches Paket im Umfang von 24 Milliarden US-Dollar blockieren.

Was wollen wir damit erreichen, fragte der konservative Senator Josh Hawley.

Ähnlich denken auch immer mehr Amerikanerinnen und Amerikaner.

Eine aktuellen Umfrage zufolge ist eine knappe Mehrheit gegen weitere Milliarden schwere Hilfspakete für die Ukraine.

In Polen hat Präsident Andrzej Duda unterdessen dementiert, dass die Ukraine keine weiteren Waffen mehr zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die Meldung, die international für Aufregung gesagt hatte, sei ein Missverständnis gewesen so Duda.

Mehr von Fabio Poli.

Die Worte des polnischen Ministerpräsidenten Morawiecki über ein Ende der Waffenlieferungen an die Ukraine seien falsch interpretiert worden, sagt Präsident Duda in einem TV-Interview.

Morawiecki habe zwar über Waffenlieferungen an die Ukraine gesprochen, allerdings im Zusammenhang mit neuen Waffendieferungen für die eigene, die polnische Armee.

Vielleicht habe er das missverständlich gesagt, mein Duda, gemeint gewesen sei aber wohl, wir werden der Ukraine nicht den neuesten Waffen geben, die wir als Teil der modernisierung unserer eigenen Armee kaufen.

In dem Interview fordert Duda auch, die Temperatur der Debatte wieder auf ein normales Niveau zu reduzieren, weil der Getreide streit nur einen kleinen Teil der Beziehungen ausmache.

Es gebe keine Rechtfertigung dafür, die gesamten Beziehungen aufs Spiel zu setzen, das nütze nämlich nur anderen, erklärt der polnische Präsident.

Im Iran sind die regierungskritischen Proteste des Vorjahres in zivilen Ungehorsam übergegangen. Immer mehr Frauen, vor allem in den Städten, sind ohne die vorgeschriebene Kopfbedeckung unterwegs.

Dagegen will das Regime mit einem neuen Gesetz vorgehen, das härtere Strafen vorsieht.

Es tritt den Kraft, sobald der Erzkonservativer Wächterrat grünes Licht gibt.

Das sorgt für einen weiteren Widerstand.

Aus Tehran, Katharina Wagner.

Wer im Iran wiederholt gegen die Hijabpflicht oder andere Kleidungs Vorschriften verstößt, der oder die riskiert Geldstrafen von bis zu 5.000 Euro oder bis zu 15 Jahre Haft.

Das sind ein von Irans Parlament gebildetes Gesetz vor.

Gefängnis oder Geldbußendroh nach allen die Bilder ohne Hijab ins Internet stellen.

Viele Frauen in Tehran halten davon nichts.

Ich bin ganz klar gegen dieses Gesetz.

Wir haben ganz andere Probleme, die das Parlament nicht behandelt.

Darunter welche, die für die Jugend richtig sind.

Doch dieses harte Vorgehen sind junge Menschen hier immer mehr gegen den Hijab.

Prominente riskieren bei verstößen jahrelange Berufsverbote,

lokale und Geschäfte, die Kundinnen ohne Hijab dulden, die Schließung.

Nach Österreich, um den Personalmangel im Pflegebereich zu bekämpfen,

gibt es seit September die Möglichkeit, sich in einer 3- oder 4-jährigen Lehre zur Pflegeassistentin bzw. zur Pflegefachassistentin ausbilden zu lassen.

Allerdings gibt es das Projekt der Bundesregierung bei Weitem noch nicht den ganzen Österreich.

Wirklich gestartet ist die Pflegelehre vorerst nur in Vorarlberg.

Niklas Lercher berichtet.

Die 15-jährige Paula Kleinfurter aus Vorarlberg hat sich für eine Pflegelehre entschieden.

Die Zusammenarbeit mit anderen Menschen sehr gern mag.

In einem Pflegeheim in Feldkirch übernimmt sie Betreuungsaufgaben.

Wirkliche Pflegeleistungen darf Paula erst mit 17 durchführen.

12 Lehrlingen sind es in Vorarlberg.

Verhebert Linz von der Seniorenbetreuung Feldkirch ist klar.

Es wird das Pflege Themen, Personal Themen nicht komplett lösen, aber es ist ein kleiner Baustand dazu.

Auch Oberösterreich, Niederösterreich und Tirol wollen noch in diesem Schuljahr mit der Pflegelehre starten, vorerst als Pilotprojekt.  
Elisabeth Potzmann vom Gesundheits- und Krankenpflegeverband sieht die Pflegelehre kritisch und warnt vor einer Überforderung junger Menschen.  
Einerschweiß ich die persönliche Reife,  
noch nicht mitbringen, das, was sie dort erleben und sehen,  
entsprechend verarbeiten zu können.  
Potzmann fürchtet, dass viele von ihnen deshalb die Lehre abbrechen.  
Fake-Anrufe werden ein immer größeres Problem.  
Die Betrüger wollen mit den Anrufen und persönlichen Daten wie Konterzugänge kommen.  
Mittlerweile erwächst die Zahl solcher Betrugsversuche so stark,  
dass die zuständige Behörde RTR an einer Novelle der Telekomverordnung arbeitet.  
Paul Sichhorch informiert.  
Euer sind schon tausende Beschwerden zu Fake-Anrufen bei der RTR eingegangen.  
Die neueste Masche, die Betrüger rufen aus dem Ausland an,  
durch Tricks erscheint am Telefon aber eine heimische Nummer.  
Und diese Nummer gehört oft einer echten Person.  
Sie hat aber nichts mit dem Fake zu tun, ärgerlich für alle Beteiligten.  
Dem will die Telekombehörde einen Riegel vorschieben.  
Die Verordnungsnovelle soll RTR-Sprecher Wolfgang Feiln regeln?  
Dass wir österreichische Netzbetreiber verpflichten,  
sobald sie einen Anruf aus dem Ausland erkennen  
und sie dabei feststellen, dass eine österreichische Festnetznummer verwendet wird,  
was eigentlich sonst nicht denkbar ist,  
dann könnte man zum Beispiel daran denken,  
dass der österreichische Netz- oder Dienstanbieter angewiesen wird,  
ein solches Gespräch gar nicht durchzustellen.  
Auch an einer Lösung für Anrufwörste im ausländischen Handynetzwerke gearbeitet,  
der wichtigste Tipp bei dubiosen Anrufen, gleich auflegen.  
Der Bezirksfastier von Wendona-Stadt Ernst Nevrivi  
steht wegen eines profitablen Kleingartendiels unter Druck.  
Wie ein Blick ins Grundbuch zeigt,  
ist er aber nicht der einzige SPÖ-Politiker,  
der sich in den Kleingarten eingekauft und von einer Umwidmung profitiert hat.  
Eine Parteikollegin Nevrivis spielt er sogar die Rolle der Verbinderin  
vom Kleingarten zum Magistrat.  
Details von Stefan Kappacher.  
Vier Jahre vor Ernst Nevrivi haben sich drei andere SPÖ-Politikerinnen  
in der Kleingartensiedlung Parzellen gekauft.  
Alle drei waren zuvor keine Pächterinnen und Wusten von der möglichen Umwidmung.  
Julia Lessacher, heute SPÖ-Vizebürgermeisterin im Wien-Maria-Hilf,  
war laut Vereins Obmann bei allen Verhandlungen mit dem Magistrat über die Umwidmung dabei.  
Verkaufen und ihren Gewinn realisieren will Lessacher nicht,  
so wie Astrid Rompolt, die als SPÖ-Gemeinderätin sogar dabei war

und schwieg als grünes Licht für die Umwidmung auch ihres Kleingartens gegeben wurde. Weil das im Gemeinderatsausschuss erledigt wurde, habe sie nichts offengelegt, sagt Rompolt. Die dritte Imponde ist SPÖ-Nationalratsabgeordnete Petra Bayer. Sie hat gleich zwei Parzellen erworben. Eine davon wird sie verkaufen, sagt sie. Und das mit einem satten Umwidmungsgewinn. Ein Urteil gegen eine Klimaaktivistin der sogenannten letzten Generation in Deutschland sorgt für Aufsehen. Die 41-Jährige wurde in Berlin zu acht Monaten Gefängnis verurteilt und zwar unbedingt. Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Barbara Dschandel berichtet. Das Amtsgericht hat die Entscheidung damit begründet, dass die Frau bei der Verhandlung bereits angekündigt hatte, sich erneut an Straßenblockaden der letzten Generation beteiligen zu wollen. Mit acht Monaten unbedingt der Haft geht das Urteil jedenfalls weit über die Forderung der Staatsanwaltschaft hinaus, die eine Geldstrafe von 1.350 Euro für die Angeklagte gefordert hatte. Die 41-Jährige hatte sich im Oktober vergangenen Jahres innerhalb weniger Tage an drei Blockaden der letzten Generation beteiligt, indem sie sich auf Straßen festklebte. Sie war zunächst per Strafbefehl zu Geldstrafen verurteilt worden. Weil die Frau dagegen Anspruch eingelegt hatte, kam es zum Prozess. Die letzte Organisation, letzter Generation, handelte sich bei dem Urteil um die bislang höchste Haftstrafe, die je gegen eines ihrer Mitglieder wegen Sitzblockaden verhängt worden ist. Dass man das früh schon all am Freitag ist, ist zehn nach sechs. Guten Morgen mit Ö1. Mit Bernhard Eppensteiner